



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preiszelle 50 Pfennig, Leder- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Familiäre Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 8.—15. September ist die Beitragsmarke in das mit 37 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Die Gewerkschaften zur kommenden Friedenswirtschaft.

Das hoffentlich nicht mehr ferne Ende des Krieges wird natürlich in erster Linie den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens zur Folge haben. Die Verwüstungen, die der Krieg darin angerichtet hat, sind so ungeheuer, daß dieser Aufbau aber nicht im Handumdrehen vor sich gehen kann. Wir werden eine Uebergangszeit zu durchleben haben, während welcher sich das Chaos entwirren muß und wir uns auf allen Gebieten des Wirtschaftsgetriebes in ruhige und sichere Bahnen hineinleiten müssen. An der Gestaltung dieses Ueberganges und der aus diesem sich entwickelnden Zukunft haben wir Arbeiter das größte Interesse. Wollen wir doch allein den größten Teil der notwendigen Arbeit leisten, sondern auch unsern gerechten Anteil in der künftigen Friedenswirtschaft haben. Wie immer aber muß sich auch hier die Arbeiterschaft kräftig rühren, wenn sie zu ihren Rechten kommen will. Es ist ein „Reichskommissariat für die Uebergangswirtschaft“ dazu berufen, am Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens mitzuarbeiten, aber seine Zusammenfassung beschränkt sich nur auf Vertreter der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft und der Reichsbehörden. Da es sich aber bei vielen zu treffenden Maßnahmen auch darum handeln wird, die Ansprüche der Arbeiterschaft zu berücksichtigen, ist eine Vertretung der Arbeiter unbedingt notwendig. Dem Rechnung tragend haben die Gewerkschaften zu den Fragen Stellung genommen, und die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Verbindung mit den christlichen Gewerkschaften, den Gewerbevereinen, den polnischen Berufsvereinigungen und den Angestelltenverbänden haben die einschlägigen Forderungen zusammengestellt und sie in einer Petition dem Bundesrat und dem Reichstag unterbreitet.

In bezug auf die wirtschaftlichen Maßnahmen wird verlangt, daß die Versorgung mit Rohstoffen, die Einfuhr der wichtigsten Nahrungsmittel, die Begünstigung der Einfuhr von Futtermitteln, sowie die Eingriffe, die für die Stärkung unserer Wälua notwendig sind, im Interesse der Arbeiter Berücksichtigung finden. Es wird zu diesen Forderungen begründend ausgeführt, daß von der Art dieser Regelung es vielfach abhängen wird, ob erhebliche Störungen in dem Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens eintreten und wie die Arbeitsgelegenheit sich gestaltet. Es wird daher verlangt die Berufung von Vertretern der Gewerkschaftsgruppen zur Mitarbeit im Reichskommissariat zur Uebergangswirtschaft. Diese Mitarbeit soll sich besonders erstrecken auf: Regelung und Kontrolle der gesamten Ein- und Ausfuhr von Waren bis zur

Wiederkehr normaler Wirtschaftsverhältnisse; Ausschaltung der Konkurrenz und Beschränkung des Gewinnes beim Einkauf von Waren im Auslande; Genehmigung der Wareneinfuhr bei Inlandsmangel; Kontrolle der Schifffahrt; sofortiger Ausbau der Binnenwasserstraßen; Verteilung der Rohstoffe und Halbfabrikate durch für die einzelnen Industrien gebildete Kriegsgesellschaften; Schaffung von Wirtschaftsämtern in den einzelnen Bundesstaaten; rechtzeitige Vorbereitung von öffentlicher Lieferungen und Arbeiten zur Hebung der gesamten Volkswirtschaft; Kontrolle aller Syndikate durch das Reichskommissariat.

Die Lebensmittelversorgung wird nach dem Kriege noch mit großen Schwierigkeiten zu rechnen haben. Auf dem Auslandsmarkte werden alle europäischen Staaten als Käufer auftreten, um die geräumten Lager wieder zu füllen und den stark herabgedrückten Bedarf wieder auf eine normale Höhe zu bringen. Diesen Bedarf wird die Weltproduktion nicht befriedigen können, ganz abgesehen davon, daß die Bewältigung des Transports nicht ohne Störung von staten gehen wird, da der verfügbare Schiffsraum fehlt. Deshalb wird die Versorgung des Marktes erst längere Zeit nach dem Kriege wieder in geregelte Bahnen kommen. Das bedeutet immer noch Mangel an Nahrungsmitteln, aber auch eine Tendenz zu hohen Preisen und übermäßiger Gewinnerzielung. Deshalb wird in der Petition verlangt, daß in der Nahrungsmittelversorgung Einrichtungen, die sich in der Kriegszeit bewährt haben, aufrecht erhalten werden sollen. Darunter ist zu rechnen: Preisbehaltung der Höchstpreise, Beschlagnahme und Rationierung, Strafbestimmungen gegen übermäßige Preisforderungen. Die Reichsgetreidestelle, die Zentraleinkaufsgesellschaft und mit ihr in Verbindung stehenden Gesellschaften, die zur Beschaffung von Nahrungsmitteln notwendig sind, sollen zunächst weiter bestehen bleiben. Ebenso muß das Verbot der Ausfuhr von Nahrungsmitteln bestehen bleiben, bis der ungehinderte Verkehr bei einer genügenden Versorgung des Marktes wieder möglich ist.

Für die Arbeitsvermittlung wird eine gesetzliche Regelung für das ganze Reich verlangt. Bis zum Erlaß eines solchen Gesetzes soll die weitere Ausgestaltung durch Festigung der Zentralstellen erfolgen, durch die ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage zu erzielen ist. Den aus dem Heeresdienst Entlassenen und den Hilfsdienstpflichtigen soll bei Annahme der Beschäftigung nach auswärtig freie Fahrt gewährt werden, da voraussichtlich zahlreiche Personen ihre Arbeitsstätte wechseln müssen und die Mittel nicht dazu haben, um die Uebersiedelung vornehmen zu können. Da gegenwärtig nicht zu übersehen ist, welche Arbeitsgelegenheiten nach Abschluß des Krieges sich bieten, immerhin aber damit gerechnet werden muß, daß für einzelne Industrien es geraume Zeit dauern wird, ehe sie ihre Tätigkeit voll aufnehmen können, so ist diese Maßnahme besonders notwendig. Sie soll auch dazu dienen, daß dem deutschen Arbeiter ein Schutz gegen ausländische Konkurrenz gewährt

wird. Den ausländischen Arbeitern soll die Gelegenheit nicht genommen werden, in Deutschland Arbeit zu nehmen, zunächst muß aber dafür gesorgt werden, daß die deutschen Arbeiter Lohn und Brot bekommen.

Bei der Entlassung der Kriegsteilnehmer und Hilfsdienstpflichtigen ist vieles zu berücksichtigen. Die Auflösung der Riesenheere, die in diesem Kriege aufgebildet sind, wird mit großer Schwierigkeit verknüpft sein. Wünsche auf sofortige und schnelle Entlassung werden daher allgemein und zahlreich sein. Kann die Militärverwaltung nicht in jedem Einzelfalle diesen Wünschen Rechnung tragen, so müssen aber für die Entlassung feste Grundzüge bestimmt werden. Für den Aufbau des Wirtschaftslebens ist es nötig, daß die Gewerbetreibenden, Werkmeister, Facharbeiter, Verwaltungsbeamte, kaufmännische Angestellte und das Bureaupersonal zunächst entlassen werden, da deren Dienstleistung für das Ingangkommen der Betriebe von besonderer Wichtigkeit ist. Für einzelne Industrien wird eine Bevorzugung eintreten müssen, so für den Bergbau, die Eisenindustrie und das Verkehswesen. Besonders der Bergbau und die Eisenindustrie bedürfen der geschulten Kräfte, um die Produktion sofort erheblich zu steigern, damit auch ein Ueberschuß an Waren zur Ausfuhr fertiggestellt werden kann. In das Verkehswesen wird schon in der Uebergangszeit ein so gewaltiger Anspruch gestellt werden, daß sofort alle Kräfte freizugeben sind. Es ist daher im Interesse der Arbeiter zu erwarten, daß nicht ohne Zwang die Entlassung verzögert wird. Es ist durchaus verständlich, wenn alle, die nicht zur Friedensformation des Heeres gehören, auf ihre Entlassung dringen. Auch volkswirtschaftliche Gründe lassen es dringend geboten erscheinen, jede nutzbringende Arbeitskraft sobald als möglich wieder in Tätigkeit zu setzen und sie nicht brachliegen zu lassen. Daher darf kein Kriegsteilnehmer länger als militärisch absolut notwendig im Dienst behalten werden. Die Entlassung der Kriegsteilnehmer und Hilfsdienstpflichtigen muß nach dem Wohnort der Familie bzw. nach dem Arbeitsort erfolgen. Den Kriegsteilnehmern, die eine Familie zu versorgen haben, ist nach Möglichkeit die Wiedereinstellung in demjenigen Betriebe, in dem sie vor ihrer Einberufung zum Heeresdienst beschäftigt waren, zu sichern. Weiter werden in der Petition gefordert: Eine staatliche Arbeitslosenunterstützung für die vom Heeresdienst Entlassenen, Weiterzahlung der bisherigen Dienstbezüge für den vollen Monat zum Zwecke der Erholung oder der Ordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse, Gewährung eines Erholungsurlaubes, nötigenfalls Weraufenthaltes auf Kosten des Reiches. Für die Kriegsteilnehmer mit erheblich geschädigter Gesundheit wird die Verpflichtung der Unternehmer, auf je zwanzig Arbeiter mindestens einen Kriegsbeschädigten in eine für ihn geeignete Beschäftigung zu nehmen, verlangt. Staats- und Gemeindebetriebe sollen ohne Rücksicht auf die Anzahl ihrer Arbeiter und Angestellten die vorher in den Betrieben beschäftigten Kriegsbeschädigten wieder einstellen.

Entlohnung nach tatsächlicher Leistung, insbesondere gleiche Abschläge für Gesunde wie für Kriegsbeseidigte (die Aufrechnung der Rente darf unter keinen Umständen stattfinden). Baldmöglichste Aufhebung der vaterländischen Hilfsdienstpflicht.

Bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse und des Arbeiterschutzes wird in Anbetracht der Unsicherheit der Erwerbverhältnisse während der Uebergangswirtschaft die Einführung der staatlichen Arbeitslosenversicherung gefordert. Lohn oder Gehalt soll der Beschlagnahme und Pfändung nur unterliegen, sobald er über 5000 Mk. jährlich beträgt. — Die während des Krieges außer Kraft gesetzten Arbeiterzuschüsse müssen nach Friedensschluß sofort wieder in volle Wirkung treten. Das Verbot der Nachtarbeit in Bäckereien, der Sieben- und Leinwandwebereien, der Buchbindereien und der sonstigen für öffentliche Verkaufsstellen sind beizubehalten. Dort, wo die Arbeitszeit in Reichs-, Staats- oder Gemeindebetrieben verlängert werden mußte, soll sie wieder herabgesetzt werden. Die außer Kraft gesetzten Bestimmungen des Arbeiterversicherungs-gesetzes (mit Ausnahme der Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden, die neu zu regeln ist) sind wieder in Geltung zu bringen. Die Wöchnerinnenunterstützung ist in die Reichsversicherungsordnung einzufügen. Zur Schlichtung von Tarifstreitigkeiten und Arbeitsdifferenzen sind amtliche Schlichtungsstellen auf paritätischer Grundlage zu errichten. Die für den Hilfsdienst geschaffenen Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtungsstellen sind für die Friedenswirtschaft sinngemäß zu übertragen; an Stelle der militärischen Vorsitzenden treten die Gewerbeaufsichtsbeamten. Durch Reichsgesetz ist eine anerkannte Vertretung der Arbeiter und Angestellten in Kammern auf beruflicher Grundlage zu gewähren. Für die Heimarbeitserufe sind die bisher errichteten Fachausschüsse beizubehalten.

Die Hilfeleistungen für Kriegsteilnehmer und deren Angehörige werden nach dem Kriege eine große Rolle spielen. Der Kriegsteilnehmer bzw. seine Familie war vielfach gezwungen, während des Krieges größere Schulden zu machen. Damit er nicht in wirtschaftlichen Verfall gerät, sind öffentliche Darlehnskassen zu errichten, aus denen er zur Tilgung seiner Schuldenlast Darlehen entnehmen kann. Es muß verhindert werden, daß bei der Rückkehr des Kriegsteilnehmers mit einem Schlege die angehäuften Forderungen fällig werden. Die Pfändung sowie die Veräußerung der Pfandobjekte, die gegenwärtig gewissen Beschränkungen unterworfen sind, müssen aufrechterhalten bleiben.

Der Arbeitsbursche.

Skizze von Pan.

Sie saßen am Kaffeetisch: Vater und Mutter Wiedemann und die beiden Enkelkinder.

Die Tür zum Nebenzimmer war nur angelehnt. Wenn sich die Kinder einmal ganz still verhielten, so still wie die Alten, dann hörte man die tiefen Atemzüge einer Schlafenden aus dem anderen Raum.

Der Tag war erst im Werden. Er brauchte stets längere Zeit, ehe er aus den Stuben, die nach dem Hofe zu lagen, die Nacht verdrängte. Das Dunkel war hier von einer besonderen Hartnäckigkeit. An wolkigen Tagen wie heute leckte es dem Licht einen schier unüberwindlichen Widerstand entgegen.

Trotzdem las Vater Wiedemann seine Zeitung. Für die großgedruckten Kriegsnachrichten reichte das Dämmerlicht aus. Und für die Inserate auch. „Wieder einer hinüber.“ Vater Wiedemann hob den Kopf. „Kollege Krüger... Kopfschub...“ „nee, Du kennst ihn nicht, Mutter. Hat früher bei Porzig mal neben mir gestanden. Hab'n gern gehabt. Ach ja.“ Er feuerte und legte die Zeitung fort. „Sie fallen wie die Fliegen.“

Mutter Wiedemann stellte die Tasse vorsichtig auf den Untersatz, wuschte sich mit dem Handrücken den Mund, nistete und sagte halblaut: „Sch kann's gar nicht ausdenken, daß auch unser Albert —“ „Hoffentlich nicht... Hoffentlich brauchen wir's nie auszudenken, Mutter.“ Er erhob sich

Besonders schwierig wird sich die Regelung der angesammelten Mietschuld gestalten. Die Beibehaltung der Mieteinigungsämter ist daher notwendig.

Die Wohnungsfrage verursacht gegenwärtig schwere Besorgnisse, die mit der Beendigung des Krieges sich noch wesentlich verstärken können. Eine Knappheit an kleinen Wohnungen wird eintreten. Deshalb muß der Herstellung von Kleintwohnungen nach dem Kriege besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Als ein wichtiges Hilfsmittel für die Behebung der Wohnungsnot muß daher die Förderung der Baugenossenschaft angesehen werden. Für die Beleihung der Grundstücke ist bis zu einer bestimmten Grenze Bürgschaft aus Staatsmitteln zu übernehmen. Für die beschleunigte Aufschließung des vorhandenen Baugeländes ist Sorge zu tragen. Die Ansiedelung von Kriegsbeseidigten, soweit sie mit landwirtschaftlichen Arbeiten vertraut und zu solchen fähig sind, ist zu fördern. Die Gemeinden sind verpflichtet, eine größere Unterstützung und eine möglichste Erleichterung bei der Bebauung zu gewähren, eine Aufgabe, die die Gemeinden durch den eigenen Wohnungsbau erfüllen können. —

Das sind in gedrängter Zusammenfassung die wichtigsten in der Petition der Gewerkschaftsverbände enthaltenen Forderungen. Während der Kriegszeit haben die Regierungen so manche Arbeiterforderungen erfüllt, gegen die sie sich früher gestäubt haben. Nun wird sich zeigen, ob auch dann, wenn die Not, in der man die Arbeiter gebrauchte, nicht mehr vorhanden ist, so viel soziales Empfinden aufgebracht wird, diese im Interesse der Arbeiterschaft liegenden Maßnahmen anzuerkennen und durchzuführen. Auf alle Fälle werden unsere starken Verbände wie immer hinter den Forderungen zu stehen haben.

Koalitionsrechts- und Lohnkämpfe in früheren Jahrhunderten.

Noch heute suchen es manche Unternehmer und deren Interessenvertreter so darzustellen, als ob die Kämpfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen lediglich das Resultat von Verbeugung seien, gewissermaßen eine neuzeitliche Erscheinung, die man früher nicht gekannt. Die Unzufriedenheit der Massen, künstlich erzeugt durch sozialdemokratische Agitatoren, werde auch wieder verschwinden, wenn nur die „berühmte Tüchtigkeit“ dieser lahmgelegt sei. Darum die unaufhörliche Propaganda der Unternehmervereinigungen gegen die Führer der Arbeiterorganisationen und gegen

und trat an's Fenster. „Es hat keinen Zweck, sich vorher Kopfschmerzen zu machen.“

„Ne.“ Mutter Wiedemann stand auf. „Wir haben schon so viel, wie wir brauchen...“ „Hanschen“, sie wandte sich an den siebenjährigen Knaben, „wird Zeit in die Schule. Deine Stullen sind schon in der Mappe.“

Hans steckte den Rest seiner Schrippe in den Mund und trank hastig den Kaffee aus: „Kommt Vater halb wieder, Großmutter?“

„Na.“ Sie lächelte. „Heute wohl noch nicht, mein Zunge. Aber Du kannst ihm ja mal schreiben. Du kannst doch schon schreiben?“

„Alle Buchstaben!“ Hansens Augen strahlten. „Auch die großen. Aber ich schreib' n ganz langen Brief.“

„Das tu man, dann freut Vater sich.“ Sie gab ihm die Mappe unter den Arm, strich ihm das braune Haar glatt und setzte ihm die Mütze auf. „So.“

Hans reichte allen die Hand und ging. „Bata soll tom“, sagte Klein-Annenchen.

„Geh' doch, Buppe.“ Die alte Frau nahm das Kind, reinigte ihm den Mund und setzte es in eine Ecke des Zimmers auf eine Decke. „So. Du spielst Klein-Annenchen.“ Sie reichte dem Kinde Spielsachen und begann, den Tisch abzuräumen.

Vater Wiedemann kratzte in seinem Tabakstaschen herum: „Die letzte Piep. Du werd' ich mir wohl vaterländischen Havana vom Kartoffelfeld holen müssen.“

diese selbst, gegen das Recht der Koalition. Gerade vor dem Kriege waren Unternehmer, Behörden und Regierung drauf und dran, von neuem einen Feldzug gegen das Koalitionsrecht zu eröffnen. Alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß diesmal ein vernichtender Schlag geführt werden sollte.

Da kam der Krieg und zeigte die deutschen Gewerkschaften in heilstem und bestem Lichte. Sie bildeten und geben noch jetzt einen Eckpfeiler ab für die Verteidigung des deutschen Vaterlandes. Das wurde weiten Kreisen der Bevölkerung und nicht zum wenigsten der Regierung klar: ein Glück für unser Land, daß es trotz aller Drangsalierungen vergangener Jahre der deutschen Arbeiterklasse gelangen war, ihre Organisationen musterfüllig aufzubauen und zu festigen. Trotzdem aber zögert die Regierung auch jetzt noch, die Forderungen eines wirklich freien Koalitionsrechts, den § 153 der Gewerbeordnung, zu beseitigen. Und es wird noch vieler Kämpfe bedürfen, ehe alle Schranken gefallen, bis freie Bahn für alle Arbeiter und Angestellten für uneingeschränkte Entfaltung ihrer Kräfte geschaffen ist. Ein Rückblick auf die Geschichte der Kämpfe um das Koalitionsrecht in allen Ländern würde uns zeigen, wie langwierig und bornenvoll der Weg ist, den die im Aufstieg begriffenen Klassen in ihrem Ringen um neues Recht haben gehen müssen. Aber beschränken wir uns auf Deutschland. Da sehen wir: Seitdem es zwei Klassen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, in irgendwelchen Formen und Arten gibt, solange geht auch der Kampf ums Koalitionsrecht.

In der Zeit des freien Zustehens standen die Gesellen in demselben Verhältnis zu ihren Meistern wie die Lehrlinge. Der Geselle gehörte zum Hauswesen seines Meisters, dessen Haus er, der „Knecht“ oder „Knappe“, nicht einmal auf eine Nacht verlassen durfte. Er war werbender Meister, die Gesellsenschaft ein Durchgangsstadium zum Meisterstand. Diese Harmonie ging aber bald in die Brüche. Beide traten in Gegensatz. Es kam zu Reibungen um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, und die Gesellen machten die ersten Versuche, sich zusammenzuschließen, um gemeinsam ihre Forderungen durchzubringen. Der Kampf um die Koalition begann. Die erste derartige Koalition ist, wie Wolfgang Ritscher in seinem Werk über „Koalitionen und Koalitionsrecht in Deutschland“ berichtet, urkundlich nachweisbar für das Jahr 1329 in Breslau. Dort hatten die Gürtlergesellen sich zu einer Arbeitseinstellung vereinigt, „daß keiner innerhalb Jahresfrist irgendeinem Gürtlermeister dienen“ solle. Die Meister antworteten mit dem gleichen Beschluß. Die Ursache dieses Streites ist nicht festzustellen. Die erste

„Das Qualmen ist übrig, Anton.“

Vater Wiedemann lachte leise: „Der Spruch kann auch halb in ehrwürdiges Jubiläum feiern.“ Er zündete die Pfeife an.

„Heut spricht jeder Groschen mit. Früher hat Albert gefogt, jetzt —?“ Sie machte eine Geste nach dem Nebenzimmer. „Was meinst Du, wann sie gestern zu Bett gegangen ist?“

„Zwölf war's durch.“

„Ja. Sieht und sitzt und läßt den Faden nicht abreißen. Geht das so weiter, dann findet Albert 'ne totkranke Frau, wenn er nach Hause kommt.“

„Wenn er sie noch findet.“ Vater Wiedemann gab der Nähmaschine am Fenster einen Stoß mit dem Fuß. „Am liebsten schmeiß ich das Ding auf 'n Hof.“

„Damit kommen wir auch nicht weiter.“

Der Alte sog ergrimmt an der Pfeife. „Aber die Schwindhuch, was, die bringt uns weiter?“

„Na, noch haben wir sie nicht, und —“ sie horchte plötzlich nach der Tür: „Ruhig!“ Ein junge blasse Frau trat ein.

„Jant! Ihr Euch schon am frühen Morgen?“ „Ach, Vater wollt' bloß Deine Nähmaschine auf 'n Hof schmeißen.“

Die junge Frau lachte.

Vater Wiedemann lächelte sie an und sagte: „Morgen, Mädchen. Du sollst doch nicht immer so lange —“

„Ja, ja, Vaterken. Ich weiß schon. Das Lied singst Du jeden Morgen. Aber die Kinder

taffächliche Lohnstreitigkeit, die sich urkundlich feststellen läßt, zeigt uns die Mitte des vierzehnten Jahrhunderts in Speyer (1351). Dort hatten die Weber knechte ihren Meistern „gemeinlich“ erklärt, daß der übliche Lohn ihnen zu gering sei und daraufhin auch die Arbeit eingestellt. Es kam hier zu einer Verständigung, und die beiden Teile gelobten sich gegenseitig „auf ewige Zeiten“, die neue Lohnfestsetzung als bindend zu betrachten. Diese Ewigkeit dauerte aber nicht über ein Jahrzehnt. Schon im Jahre 1361 mußten sich die Gesellen gegen den Versuch der Meister, den Lohn wieder herabzusetzen, wehren. Sie erreichten auch 1362, daß die Meister den früheren Lohn wieder einführen und gleichzeitig die „zwo gezunkte“ der Knechte als rechtmäßige Einrichtung anerkannten. In Freiburg Br. gelang es den Wollschlaggerellen im Jahre 1365 durch ihren Verband, als erste ihre Verhältnisse zu verbessern. Die Meister verklagten sie, weil sie mehr Lohn forderten, als von alters her gewöhnlich sei. Die Gesellen begründeten ihre Forderung damit, daß die Arbeit schwerer geworden wäre. Der Rat entschied gegen die Gesellen. In Danzig wollte 1385 der Rat nicht dulden, daß die Schneiderleute drei Pfennige täglich von ihren Meistern zum Bier vorborten. Jeder Knecht, der die Arbeit einstellte, wurde mit Abschneiden eines Ohres bedroht. Im Herbst 1407 tauchen in den Städten des Oberrheins beunruhigende Gerüchte auf, daß die Schumacher knechte einen großen Streik in die Wege leiten wollten. Diese ganze Bewegung war durch die wandernden Handwerksburschen ins Leben gerufen. An der Spitze stand ein Ritter, der Burggraf Werner Voigt von Ruzach. Geplant war eine Tagung in Hagenau, an der 31 Knechtsverbindungen teilnehmen sollten.

Im weiteren Verlaufe des fünfzehnten Jahrhunderts gelingt es den Gesellen, an verschiedenen Orten die Anerkennung ihrer Bruderschaften bei Junkt und Behörden durchzusetzen; meistens hat sie aber vorher einen Kampf um ihre Rechte zu führen. So hatten z. B. 1401 die Webergesellen in Ulm eine Bruderschaft gegründet, formell zu kirchlichen Zwecken, in Wirklichkeit, um ihre wirtschaftlichen Interessen gemeinsam zu vertreten. 1431 finden wir einen Verband der Schmiedeknechte in Landau, 1432 einen solchen der Bäcker in Passau; 1470 haben die Rot- und Weißgerber in Kolmar, 1479 die Hufschmiede in Hagenau sich eine Vereinigung gegründet. Die „Trinkstuden“ scheinen von den Meistern und den Behörden als die „Herde der Rebellion“ betrachtet worden zu sein, und in vielen Städten ging der Rat vor, diese zu unterdrücken.

woll'n leben, und wir doch auch. Oder soll Albert 'n großer Berg Schulden vorfinden, wenn er zurückkommt? Daß er gleich wieder ausreißn möchte?"

„Welleicht reißt er aus, wenn —“

„Na, was denn?“ Die junge Frau nahm Klein-Annschen und setzte sich mit dem Kinde auf's Sofa. Mutter Wiedemann goß Kaffee ein.

„Bata soll tomn“, sagte Annschen.

„Ja, ja, mein Kind. — Also, was denn Vaterken? . . . Du meinst, er reißt vor mir aus?“

„Er war immer stolz auf Dich, auf seine hübsche Frau.“

„Den Luzus können wir uns eben nicht mehr leisten. Er kann ja auch stolz sein, weil ich meine Pflicht tu.“

„Das ist nicht Deine Pflicht, uns Alten auch noch mit durchzufuttern.“

„Unfinn. Wenn Mutter die Kinder nicht besorgte, könnt' ich nicht so arbeiten. Und Du — Du gibst doch Deine ganze Invalidentrente mit rein.“

Vater Wiedemann lachte grimmig auf: „Au sei still, Mädchen, ja? Damit kannst Du 'nen Spaß fett machen.“

„Es hilft alles. Ihr tut, was Ihr könnt. Und ich tue, was ich kann. Bata!“ Sie blickte zur Wanduhr auf. „Wenn Ihr nicht bloß nicht immer so lange schlafen lassen wolltet!“

„Darüber gibt's keinen Streit mehr, was, Mutter?“ Vater Wiedemann sprach energisch.

Aber die Gesellen messen immer wieder von neuem ihre Kräfte. Ungeachtet der schärfsten Bestimmungen, wie sie z. B. bei Gelegenheit des Schneiderstreiks zu Frankfurt a. M. im Jahre 1423 von den vereinigten Meistern des Handwerks erlassen wurden, erlahmen die Gesellen in ihren Bemühungen nicht, bis schließlich am Mittelrhein die Schneiderzunft der Stadt Mainz keinen andern Ausweg sieht, als 1457 einen Bund mit denen von 20 andern Städten der Rheingegend zu schließen, in dessen Bestimmungen aber ein dermaßen schwaches Verbindungsverbot der Gesellen aufgenommen wurde, daß es praktisch ohne Bedeutung sein mußte.

Große Kämpfe haben besonders in Nürnberg zwischen Meistern und Gesellen stattgefunden, wobei der Rat in der Regel auf Seite der Meister trat; in manchen Fällen nahm er auch eine vermittelnde Stellung ein. Gegen die sogenannten kirchlichen Bruderschaften der Gesellen war bei den Meistern und beim Rat großes Mißtrauen entstanden. Nicht mit Unrecht sahen sie in diesen Vereinigungen berufliche Verbände zum Zwecke der Lohnkämpfe. Nach einem Aufstand der Handwerker im Jahre 1410 erfolgte auch ein strenges Ratsverbot wider diese Korporationen. Wie es aber in der Folgezeit gehalten wurde, ist aus einer Bemerkung im Ratsbuche vom 6. Mai 1443 zu ersehen, wo der Chronist meldet, „daß die Bäcker knechte Zusammenkommen pflegen und strafen“. Solcher Beispiele wären Duzende anzuführen.

Den Wert der Arbeitsvermittlung schätzten schon die Handwerksgefallen des Mittelalters sehr hoch ein. Eine der ersten Aktionen der organisierten Gesellenschaften war es deshalb, sich die Regelung des Arbeitsangebots zu sichern. Die Gesellenschaft hatte für die Zugewanderten zu sorgen, ihnen Arbeit zu verschaffen oder sie nach gaslicher Aufnahme und nach Darreichung von Pflege, Obdach und Zehrgeld an einen andern Ort mit günstiger Arbeitsgelegenheit ziehen zu lassen. Die von der örtlichen Vereinigung mit dem Arbeitsnachweis betrauten Gesellen, mit Abzeichen geschmückt, nicht selten den Regen an der Seite, fragten für den Zugewanderten bei den Meistern um Arbeit. Die gebräuchlichsten Kampfmittel der Organisation waren die Berufs-erklärungen, der Ausstand, die Sperre, der Boykott. Wer gegen die Interessen des Handwerks verstieß, der wurde in Beruf erklärt. Mit großer Schnelligkeit und Pünktlichkeit flogen die Laufbriefe (Brandbriefe) hinter dem Renittenten her und trieben ihn überall wieder aus der Arbeit. Vielfach richtete sich das Bestreben der Gesellen darauf, die Arbeitszeit herabzusetzen; weniger

„Ree, Mädchen.“ Die alte Frau legte die Hände übereinander und sah die Schwiegertochter ernst an: „Darin sind Vater und ich ganz einig: Gewe d t wirst Du nicht!“

Die junge Frau lächelte: „Mit Euch soll einer fertig werden! Was, Klein-Annschen?“

Klein-Annschen schlug die Augen groß zur Mutter auf: „Bata soll tomn.“

*

Der alte Wiedemann hatte sich seinen alten, verschossenen Paleiot angezogen, eine Stulle eingesteckt und war ausgegangen. Er wollte, sagte er, einen längeren Spaziergang durch die Stadt machen. Den Regenschirm hatte er auch mitgenommen, denn die Wolken hingen dick und grau über den Straßen. Es zwickte in den Zehen und muckerte im Knie, und Vater Wiedemann wurde an seinen Rheumatismus erinnert, der sich im Sommer höchst friedlich und zurückhaltend benahm, aber bei den ersten Herbstnebeln ungemütlich wurde und nur durch sehr viel Wollse oder einen warmen Ofen zu beschwichtigen war. Es hilft nicht, dachte der Alte, ich muß die Knie durchbrücken. Und überhaupt: 'n bißchen forsch! Denn wer nimmt so einen tapferigen Graubart? Haltung muß er sich geben und eine Miene, die an Bäumer-Ausreißer erinnert.

Ja, Vater Wiedemann ging mit seinen acht- undsechzig Jahren noch einmal auf die Arbeits-suche, nachdem er vor drei Jahren für immer, wie er damals glaubte, Feierabend gemacht hatte. Es

durch Verkürzung der täglichen, vielmehr durch Einführung weiterer Feiertage. So wurde der „blaue“ oder der „gute“ Montag zum Gewohnheitsrecht, das schließlich die Zünfte und die Behörden anerkannten.

Um die Wende des fünfzehnten Jahrhunderts tritt die Scheidung von Meistern und Gesellen in zwei verschiedene soziale Schichten ganz offen zutage. Die Koalition der Gesellen ist eine derartig starke geworden, daß ihre körperlichen Rechte meist feierlichst anerkannt werden müssen. Die Hauptzwecke ihrer Vereinigungen bilden gegenseitige Unterstützung; ihre Klassen dienen als Vorschuß-, Kranken-, Armen-, vor allen Dingen aber als Streikklassen. Planmäßig werden Arbeitseinstellungen vorbereitet, wenn ihren Forderungen Widerstand entgegengesetzt wird. Aber schon tritt eine neue Schicht auf den Plan, die zahlreicher wird, je deutlicher das erste Morgenrot der modernen Produktionsweise am Horizont emporkommt. Der Stand der Tagelöhner, der zunächst keine Verstärkung der Handwerksgefallen bringt, die Auflösung der feudalen Gesellschaft treibt Tausende von Land-leuten in die Städte, wo sie das städtische ungelernete Proletariat vermehren und billige Arbeitskräfte abgeben. Wenn die Gesellen des 15. und 16. Jahrhunderts durch ihre Kämpfe einen verhältnismäßig günstigen Stand gegenüber ihren Meistern sich errungen hatten, so war ihnen dabei besonders ein Umstand zu Hilfe gekommen: das Fehlen jeglicher Zentralgewalt in Deutschland. Das Reich war zerrissen in Duzende von Kleinstaaten, deren Machtbefugnisse nicht über die engen Landesgrenzen hinausreichten. Die Gesellen aber schufen sich eine über das ganze Reich sich erstreckende Organisation, lose zwar, aber doch festgelittet durch Wohnheitsrechte und -Gebräuche. Ihr Zerfall wurde herbeigeführt durch die aufkommende kapitalistische Wirtschaftsordnung, die aber wiederum die Elemente schuf, die als der „vierte Stand“ zusammengeschweift wurden zu der großen Armee der modernen Arbeiterbewegung. Der Weg von den mittelalterlichen Gesellenverbänden bis zu den Kämpfen der heutigen Gewerkschaften um das Recht der Koalition ist ein langer und mühevoller gewesen. Noch ist das Ziel nicht vollkommen erreicht; aber ein Rückblick auf die Verhältnisse und Kämpfe früherer Zeiten gibt uns neuen Mut, flößt uns die Ueberzeugung ein, daß wir unser Ziel der freien ungehinderten Koalition erreichen müssen und werden. Die Geschichte der Gesellenkämpfe zeigt uns weiter, daß der Aufstieg des Proletariats nur erfolgen kann in täglichem Kampf und Ringen. Der wahre „Klassen-

war nicht schön, nein, aber sich selber als lastendes Gewicht für einen andern fühlen, das war erst recht nicht schön. Albert hätte das nie zugegeben und Emilie auch nicht. Aber der Sohn schlug sich irgenbwo mit den Nüssen herum, und die Schwiegertochter sollte einfach vor die vollendete Tafel gesetzt werden. Nicht einmal Mutter Wiedemann wußte etwas von seiner Absicht. Die hätte ihn einfach ausgelacht: „So 'ne alten Köffer kauft kein Mensch.“

Viel Hoffnung hatte er selber nicht. In seinem eigentlichen Berufe, als Schlosser, stellte ihn kein Mensch mehr ein. Aber es gab ja leichtere Arbeiten. Dies und das, wovon er sich zunächst keine ganz klare Vorstellung machte. Man mußte nur suchen und nicht müde werden. Die Stiefelsohlen hielten's ja vorläufig noch aus.

Und während Vater Wiedemann sich aufredete und langsam die Straße entlang wanderte, dachte er: Man mußte Verbindungen haben — „Kon-nectionen“, wie das so schön heißt. Wen kenne ich? Wer kennt mich? Arbeitskameraden, ja, hundert. Arme Teufel wie ich. Aber Leute von Einfluß? Er suchte in seinem Gedächtnis. Und erinnerte sich schließlich eines Schulkameraden, der später bei Borfig im Kontor gesessen hatte. Jetzt war er Prokurist in einem großen Kon-fektionsgeschäft. Ein, man könnte es wohl mal versuchen. Ein guter Rat würde vielleicht dabei herauspringen.

(Schluß folgt.)

fa m p j", der unter großen Mühen und Opfern einen langsamen, aber sicheren Erfolg gewährleistet.

Die Milliardenlast.

Von Wilhelm Reil.

Der Zeitpunkt der Aufnahme der siebenten Kriegsanleihe kommt heran. Da liegt es nahe, unserer gesamten Kriegsfiananzpolitik ein Wort zu widmen.

Vom Reichstag sind bisher auf Grund von neun Gesetzesvorlagen 94 Milliarden Mark Kriegskredite bewilligt worden. Von den auf Grund dieser Kredite vollzogenen Kriegsausgaben sind rund 60 Milliarden in langfristigen Anleihen untergebracht. Der weitere Betrag von 34 Milliarden Mark dürfte zu stark zwei Dritteln auch bereits verausgabt sein. Der noch vorhandene „offene“ Kredit mag sich zurzeit auf rund zehn Milliarden Mark belaufen. Diese Summe steht also der Regierung noch zur Verfügung. Nach dem Maßstab des derzeitigen Monatsbedarfs wird damit, wenn der Krieg fortbauert, bis Ende November auszukommen sein.

Der Unterschiedsbetrag zwischen der bereits in langfristige Anleihen verwandelten Ausgabesumme (60 Milliarden) und dem noch verfügbaren Kreditbetrag (zirka zehn Milliarden) einerseits und der Gesamtsumme der bewilligten Kriegskredite (94 Milliarden) andererseits, der sich folglich auf etwa 24 Milliarden belaufen muß, ist ausgegeben auf Grund von kurzfristigen Schatzwechseln. Wenn eine Kriegsanleihe aufgenommen wird, so ist der erwartete Ertrag derselben tatsächlich schon ausgegeben. In der Zeit, die zwischen der Aufnahme zweier Kriegsanleihen liegt, beschafft sich das Reichsschatzamt seinen Geldbedarf mit dem Hilfsmittel des Schatzwechsels. Dieses bildet den Schuldschein, den das Reichsschatzamt dafür ausstellt, daß die Reichsbank, die Privatbanken und die privaten Kapitalbesitzer ihre verfügbaren Mittel dem Reich auf eine kurz bemessene Frist gegen Zinsen zur Verfügung stellen. Mit den Summen, die die langfristigen Anleihen bringen, werden dann jeweils diese kurzfristigen Schulden nach Möglichkeit abgetragen. Der Betrag der kurzfristigen Schulden darf natürlich den Unterschiedsbetrag zwischen den bewilligten Kriegskrediten und der Gesamtsumme der Anleihezeichnungen nicht übersteigen.

Die deutsche Finanzpolitik hat während des Krieges entscheidenden Wert darauf gelegt, die jeweils schwebenden kurzfristigen Verbindlichkeiten weitgehend in fundierte Anleihen zu verwandeln. Bei den drei ersten Kriegsanleihen ist das auch vollständig, bei den späteren immer noch in viel höherem Grade als in England und Frankreich gelungen, von Rußland und Italien ganz zu schweigen. Die Sorge um die Bereitstellung großer Summen an den Fälligkeitsterminen der kurzfristigen Verbindlichkeiten wird bei dieser Politik möglichst vermindert. Besonders für die erste Zeit nach dem Friedensschluß ist das von Wichtigkeit. Die englische Kriegsfiananzpolitik hat aber vor der deutschen das voraus, daß sie sich nicht darauf beschränkt hat, Anleihen aufzunehmen und die laufenden Staatseinnahmen nur soweit zu steigern, als es zur Deckung des Zinsaufwandes notwendig ist, sondern einen Teil der Kriegskosten selbst schon während des Krieges durch Steuern zu decken sucht. In welchem Maße das England gelungen ist, ergibt sich daraus, daß es seine Steuereinnahmen von vier Milliarden Mark im Jahre 1914/15 auf 12 1/2 Milliarden Mark im Budgetjahr 1917/18 erhöht hat. Man darf dabei aber nicht vergessen, wie ungeheuerlich die Kriegskosten Englands wie aller Kriegführenden Staaten im Laufe der Kriegsjahre zugenommen haben. Deutschlands Kriegsaufwand betrug nach vollendeter Mobilmachung monatlich etwa 1,5 Milliarden, heute beträgt er drei Milliarden Mark. England gab bei Kriegsbeginn monatlich 450 Millionen Mark aus, und sein damaliger Schatzkanzler Lloyd George glaubte, die baldige Verminderung dieser Summe in Aussicht stellen zu können; im Mai d. J. betrug sein Monatsaufwand einschließ-

lich der an seine Bundesgenossen gegebenen Zuschüsse, die sich auf 1,2 Milliarden beliefen, rund 4,5 Milliarden Mark.

Wie sich die Finanzverhältnisse der Kriegführenden Staaten in der Zukunft gestalten werden, das übersteigt fast jedes Vorstellungsvermögen. Halten wir uns an unsere eigenen Verpflichtungen, die dadurch nicht leichter zu erfüllen sind, daß wir den „Trost“ haben: den andern geht es nicht besser. Wir haben Ende August wohl an die 90 Milliarden Mark ausgegeben. Wie viele Monatsraten, die ihre steigende Tendenz beibehalten, noch hinzukommen werden, wissen wir nicht. Das aber wissen wir gewiß, daß außer der Verzinsung der Kriegsschuld die Kosten der Witwen-, Waisen- und Invalidenversorgung, die Kosten des Wiederaufbaus der zerstörten Grenzgebiete und unserer Gesamtwirtschaft getragen werden müssen. Die Gemeinden sind mit hohen Schulden belastet, die sie sich zur Erfüllung von Reichsaufgaben aufgeladen haben. Alle die großen Ausgaben für dringende kulturelle Bedürfnisse des Reichs, der Bundesstaaten und Gemeinden, die während des Krieges zurückgestellt worden sind, kommen hinzu. Und alle diese Aufgaben sollen erfüllt werden in einer Zeit der Selbstnappheit, der Geldteuerung und des in der ungünstigen Valuta bedingten sehr teuren Rohstoffbezugs! Hierzu kommt weiter die Pflicht, nicht nur an die Verzinsung, sondern auch an die Tilgung der Kriegsschulden zu denken.

Erst zu nehmende Menschen denken nicht mehr daran, daß die Kriegsschuld ganz oder zum Teil auf die Gegner abgewälzt werden könnte. Die Zeit ist vorbei, in der Herr Helfferich hochgemut und selbstgerecht erklärte: „Das Bleigewicht der Milliarden haben die Anstifter des Krieges verdient; sie mögen es durch die Jahrzehnte schleppen, nicht wir.“ Zutreffender als Helfferich hat der württembergische Finanzminister kürzlich die Lage gezeichnet mit den Worten: „Ganz sicher und unzweifelhaft bleiben im Lande die Schulden, die das Reich für die Kriegführung gemacht hat.“ Vergewärtigen wir uns nun, daß diese Schulden ohne alle Nebenverpflichtungen sich bereits auf ein Viertel des deutschen Volkseinkommens belaufen, daß der Reichsetat von drei Milliarden im letzten Friedensjahr künftig auf etwa 12 Milliarden Mark Ausgaben anwachsen wird, daß der sparfähige Jahresüberschuss des deutschen Volkseinkommens über den Verbrauch vor dem Krieg von den Fachmännern auf acht bis zehn Milliarden Mark berechnet wurde, so haben wir ein ungefähres Bild von der Größe der Aufgabe, die unser harret. Und sie wächst weiter in dem Maße, in dem der Krieg weiter dauert.

Nun sind wir schon beschränkt worden, daß das Staatsschuldenproblem mit den Mitteln der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht mehr zu lösen sei, vielmehr die Expropriation des Kapitals durch die sozialistische Gesellschaft nunmehr vollzogen werden müsse. Natürlich werden wir das Prinzip der Vergesellschaftung der Produktion nicht preisgeben, sondern die Fülle der Lehren und Beweismittel, die uns der Krieg liefert, zu seiner Förderung ausnützen. Aber über Nacht wird sich dieses Prinzip auch nach dem Kriege nicht verwirklichen lassen. Darum werden wir vom Boden der gegebenen Verhältnisse aus an die Lösung des Milliardenproblems herantreten müssen. Ohne uns der Illusion hinzugeben, daß die Riesensummen durch Besitzsteuern allein aufzubringen wären, werden wir doch die Forderung des systematischen Ausbaus der direkten Steuern voranzustellen haben. Alle die schönen Gedanken, die von Finanzwissenschaftlern entwickelt werden und die auch der angehende Unterstaatssekretär des Reichsschatzamtis Schiffer kürzlich unterstrichen hat, nämlich Steuern zur „Förderung“ der Produktion zu machen durch monopolistische Bewirtschaftung und Besteuerung von Massenrohstoffen, mögen geprüft werden, aber wir werden uns den Kopf nicht beneheln lassen durch das zurzeit weitverbreitete Schlagwort von der Kapitalbildung. Wir wissen, wie notwendig das Kapital zur Förderung der Produktion ist, wir wissen aber auch, daß noch not-

wendiger die menschliche Arbeitskraft ist. Das ist „der wichtigste, wertvollste und löschlichste Bestandteil des Volkseinkommens“, jagt der württembergische Finanzminister. Nach der Schwächung der Arbeitskraft durch den Abbruch des Krieges, durch die Unterernährung und die große Geburtenverminderung darf die künftige Steuererhebung die Wege nicht weiter wandeln, die in den Jahren 1916 und 1917 beschritten worden sind. Die Produktionspolitik, die auch auf steuerlichem Gebiet zu betreiben ist, muß in erster Linie auf die Stärkung der Arbeitskraft und nicht auf die Züchtung von weiteren Millionen eingestellt sein.

Rundschau.

General Groener vom Kriegsamte zurückgetreten. Durch Kabinettsorder vom 16. August ist der Chef des Kriegsamtes, Generalleutnant Groener, zum Divisionskommandeur und Generalmajor Scheuch zum Chef des Kriegsamtes ernannt worden. So lautet, allen Beifall entbehrend, die amtliche Mitteilung. Sie ist kurz, bündig und klar. Diesen Vorzug kann die halbamtliche Begründung für sich nicht beanspruchen. Sie hat folgenden orakelhaften Wortlaut:

„Da zur einheitlichen Durchführung der Volksernährung ein Teil der dem Kriegsamte zugewiesenen Gebiete jetzt an das Kriegsernährungsamt übergeht und eine weitere Einschränkung des Dienstbereiches des Kriegsamtes angestrebt wird, so ist Generalleutnant Groener in eine andere Dienststellung berufen.“

Eine einheitliche Durchführung der Volksernährung ist gewiß sehr notwendig. Mußte aber dazu ein Mann von einem so schwierigen und wichtigen Posten abberufen werden, den er mit großer Energie und gutem Erfolge ausfüllte?

General Groener hatte auch das Vertrauen der Arbeiterschaft erworben, da er bemüht war, bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes auch dem wirtschaftlich schwächeren Teil zu seinem Recht zu verhelfen.

Noch sind die Gründe der Abberufung unklar, die nächste Zeit wird lehren, ob sie auch einen Systemwechsel zur Folge haben wird.

Bei den großen Entbehrungen und den vielfachen Sorgen, die uns bedrücken, wäre eine Verschlechterung in der Auslegung des Hilfsdienstgesetzes unerträglich! Wir brauchen, um durchhalten zu können, an solchem Platz Männer, die Verständnis für die Lage aller schwer arbeitenden Männer und Frauen haben.

25 Jahre Stukkateur-Organisation. Am 17. August waren es 25 Jahre, daß in Stuttgart auf dem dritten Kongreß der Stukkateure und Gipser der Deutsche Stukkateurverband gegründet wurde.

In zahlreichen Kämpfen hat der Verband sehr bedeutende Verbesserungen für die Mitglieder erringen können. Innere Kämpfe waren besonders durch die früheren Lokalkassen zu bestehen.

Am 1. Januar 1912 erfolgte der Anschluß an den Bauarbeiterverband mit einer Mitgliederzahl von 10 780 und einem Vermögen in der Hauptkasse von 231 535 M. und in den Bezirkskassen von 111 067 M.

Der im Jahre 1892 bei der Gründung gewählte Vorsitzende Odenhal hatte während der ganzen Zeit die Leitung der Organisation in Händen und gehört heute dem Vorstande des Deutschen Bauarbeiterverbandes an, wo er nach wie vor die Interessen der Gipser und Stukkateure vertritt.

Sieg im finnländischen Buchdruckerstreik. Der Buchdruckerstreik in Finnland hat nach fünfwöchiger Arbeitsruhe, während der keine Zeitung mit Ausnahme des Arbeiterblattes in Helsingfors erscheinen konnte, nunmehr mit dem Siege der Streikenden geendet. Die Arbeiter erhalten eine sofortige Lohnerhöhung von 110 Prozent, die am 14. Oktober auf 125 Prozent steigt und vom 14. Januar 1918 an dauernd auf 140 Prozent vermehrt wird.

Korrektur-Abzieher,

auch für Bunt, an Sonderpresse gesucht
Druckerei-Gesellschaft Hartung & Co.
Hamburg 25.